

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßkoladen- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreispaltige Postzeile 50 Pfg., für die Zahlenstellen 30 Pfg.

Christlich-nationale Blühträume.

Die Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung blicken hoffnungsfreudig in die Zukunft. Sie glauben, daß der Weizen blüht und daß nach dem Kriege ihre Organisationen einen mächtigen Aufschwung nehmen werden. Der Weltkrieg, der den nationalen Gedanken entzündet und die verschiedenen Volksgruppen einander genähert hat, soll nach ihrer Behauptung die Wichtigkeit der christlich-nationalen Grundsätze und der bisher eingeschlagenen Taktik bewiesen haben. Im Gegensatz zu der internationalen Klassenolidarität betonten sie die nationale Volkssolidarität, und anstatt die Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit hervorzuheben, drängten sie die Interessengemeinschaft zwischen Unternehmer und Proletariat in den Vordergrund. Das sei der richtige Weg gewesen, und deshalb sei es notwendig, diesen Weg auch nach dem Kriege entschieden weiter zu verfolgen. Um der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ein einheitlicheres Gepräge zu geben und die verschiedenen Kräfte planmäßig zusammenzufassen, soll die bisher bestehende lose Arbeitsgemeinschaft in eine festere Form gekleidet und mit einem Programm versehen werden, das die Grundsätze und Forderungen festlegt. Dieses Programm ist inzwischen ausgearbeitet und nunmehr der Öffentlichkeit übergeben worden. Es vertritt sich, das Programm und seine Begründung einmal nachzuwägen.

Der Charakter der Bewegung kommt zum Ausdruck in dem Bestreben, die wirtschaftliche Sicherstellung, die sittliche Erhebung und die kulturelle Veredelung der Lohnarbeitenden Schichten zu fördern, entsprechend der mannigfaltigen und reichlichen Kräfteentfaltung der gesamten Volksgemeinschaft. Die bereits begonnene Einordnung der Arbeiter- und Angestellten als eines gleichwertigen, gleichgeschulten und vollberechtigten Standes in Staat und Gesellschaft, in Recht und Wirtschaft soll vollendet werden, und zwar im organischen Anschluß an die deutsche Volksgemeinschaft. Deshalb erkennt die Bewegung die staatliche Gemeinschaft als unentbehrlichen Organismus mit sittlicher Zweckbestimmung an und bekämpft sich rückhaltlos zur Kultur- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes mit allen daraus erwachsenden Verpflichtungen und Verantwortungen, sie lehnt eine staats- und gesellschaftsfeindliche Auffassung von Klasseninteresse und Klassenbewegung ausdrücklich ab und betrachtet die verschiedenartigen Erwerbsstände in der nationalen Volkswirtschaft als Glieder eines zusammengehörigen Volksganzen, dessen gesünder Gleichgewicht wieder hergestellt werden muß durch die Ausglei- chung der bestehenden Interessen der Lebensmittelerzeuger und Händler einerseits und der Verbraucher andererseits.

Offenbar enthält die Betonung der inneren Solidarität eines Volkes einen richtigen Kern; aber das christlich-nationale Programm treibt diesen richtigen Gedanken viel zu viel auf die Spitze. In durchaus einsichtiger Weise betont es die gemeinsamen Interessen eines Volkes und verschließt vor den nun einmal vorhandenen Gegensätzen die Augen. Darum legt es lediglich Wert auf das gemeinsame Zusammenarbeiten der verschiedenen Volksschichten, vergißt aber, daß auch der Kampf nicht von der Hand zu weisen ist, wenn es gilt, einen Ausgleich zu schaffen zwischen den widerstreitenden Interessen innerhalb einer Volksgemeinschaft. Diese abschließliche und planmäßige Ueberwindung des Gedankens der Volksgemeinschaft und Volkssolidarität gipfelt in der Verwerfung des Klassenkampfes. Man will damit eine Schranke aufrichten gegen die Klassenkampfgewerkschaften. Dabei merkt man gar nicht, daß selbst im Zeichen des Bürgerfriedens die Klassengegensätze nicht auf der Straße wachsen und daß den benachteiligten Schichten nichts anderes übrig bleibt, als um die Beseitigung der Klassengegensätze und ihrer Wirkungen zu kämpfen. Und

nach dem Kriege wird dieser Kampf erst recht wieder entbrennen, wenn er sich auch vielleicht in etwas gemäßigteren Formen vollziehen wird als früher. Aber die Auffassung, daß der Ausgleich der widerstreitenden Interessen ohne Kampf, gewissermaßen durch gegenseitiges gütliches Zureden, geschehen könne, beweist eine völlige Verkennung der Tatsachen. Die aus dieser Auffassung entspringende Vogelstraußpolitik, die den Kopf in den Sand steckt, um die klaffenden Gegensätze nicht zu sehen, muß und wird an den harten, unerbittlichen Tatsachen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens scheitern. Und dann wird die Ernüchterung nicht ausbleiben.

Ganz genau so wird es auch gehen in bezug auf den Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Auch dieser Gegensatz wird im Programm absichtlich verschleiert: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung sieht im Unternehmer nicht lediglich den Ausbeuter. Sie anerkennt vielmehr ausdrücklich den Wagemut, den kaufmännisch-organisatorischen Sinn, die Hingabe der rastlos tätigen Unternehmerpersönlichkeit und ihre Verdienste um die Volkswirtschaft.“ Das ist ein ganz vernünftiger Standpunkt, der auch von den freien Gewerkschaften geteilt wird. Auch diese bekämpfen nicht den einzelnen Unternehmer als Ausbeuter, sondern sie bekämpfen das kapitalistische System, das auf der Ausbeutung der Arbeitskraft durch den Unternehmer beruht; auch sie haben keine Freude an langwierigen, erbitterten Kämpfen, die von den Massen so große Opfer fordern, sondern sie sind, wie jeder Mann weiß, stets zu Unterhandlungen und Vereinbarungen geneigt. Es ist deshalb eine Heuchelei, wenn die christlich-nationalen Gewerkschaften sich den Anschein geben, als ob sie allein die Vertreter der Vernunft wären. Daß es auf die Dauer ohne Kampf nicht abgehen wird, sehen auch sie ein. Sie fordern ausdrücklich, „daß das Unternehmertum sich zu der Auffassung durchringen muß, daß ohne die Mitwirkung eines tüchtigen, schaffensfreudigen Lohnarbeiterstandes die herrlichen Früchte deutschen Gewerbesieges nicht hätten erzielt werden können.“ und sie bedauere es, „daß man noch in weiten Unternehmerrreisen den Bestrebungen der Lohnarbeiterklasse nach gesteigerter Anteilnahme an den Erfolgen produktiver Arbeit schroff ablehnend gegenübersteht.“ Aber für sie sind — wie für jeden vernünftigen Menschen — die gewerkschaftlichen Kämpfe „nicht Selbstzweck, sondern nur ein sittlich und geistlich erlaubtes Mittel zu einem berechtigten kulturfördernden Zwecke, nämlich dem wirtschaftlich und geistig-sittlichen Aufstieg der Arbeiterklasse.“

Die fortwährende Betonung der Volkssolidarität und der Harmonie der Unternehmer- und Arbeiterinteressen, die sich wie ein roter Faden durch das Programm und seine Begründung hindurchzieht, ist lediglich darauf gerichtet, das Wohlwollen der Behörden und der Unternehmer zu erringen. Wir gönnen den Christlich-Nationalen diese billigen Erfolge. Aber es werden Augenblickserfolge sein, die auf die Dauer nicht standhalten. Das sollten diese Herren doch auch schon aus der Erfahrung gelernt haben, daß jedesmal, wenn die Gewerkschaften Ernst machen mit dem Durchsetzen ihrer Forderungen, die Unternehmer Widerstand leisten, so daß ein Kampf unvermeidlich ist, und daß sich in einem solchen Kampfe die Behörden fast instinktiv auf die Seite des Unternehmertums stellen. Es liegt das nun einmal im Wesen der kapitalistischen Gesellschaft und des Staates, als des Vertreters dieser Gesellschaft. Die Verwirklichung der Volksgemeinschaft im Rahmen des Kapitalismus und die Durchführung der Volkssolidarität, wovon die Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung schwärmen, sind Illusionen, die in Seifenblasen zerplatzen, es sind Mühlsteine, die nicht reifen werden.

„Sozialdemokraten beschäftigen ich nicht!“

Mit diesen Worten wurden am Montag, den 30. Oktober, abends 36 Arbeiterinnen entlassen, die bei der Firma „Zucullusbackwerke“ Groß-Feinbäckerei- und Konditoreibetrieb ersten Ranges. Erste Drechner Dessert-Hohlhippen- und Wiener Waffelbäckerei (wie der lange Name dieser Firma lautet) beschäftigt waren. Die Firma hat ihren Betrieb in Dresden, Zwickauer Straße 130/132. Das ganze Verbrechen, das diese Arbeiterinnen begangen haben, besteht darin, daß sie den Mut befaßen, Sonnabend, den 28. Oktober, in eine Betriebsversammlung, die von untern Verbands einberufen war, zu gehen, um dort mit zu Betriebsmühseligen Stellung zu nehmen. Der Lagerist Mübiger, der angeblich den Spiegel gemacht hat, war auch anwesend und hat die Namen der Anwesenden festgehalten, sowie die Ausführungen stenographisch notiert, um dann am Montag früh seinen Chef Bericht erstatten zu können. Am Montag abend vor Arbeitschluss kam der Fabrikant Herr Lischka in den Arbeitsraum, schrieb die Arbeiterinnen im erregten Tone an: „Alle, die am Sonnabend in der Versammlung gewesen sind, können ihre Papiere holen, die sind entlassen. Sozialdemokraten kann ich in meinem Betriebe nicht gebrauchen und beschäftigen ich nicht.“ Auch machte Herr Lischka noch die Bemerkung, daß er in der Zeitung unorganisierte Arbeiterinnen suchen werde. Er wollte sogar den Anschein erwecken, als handele er ganz im Sinne der Polizei und des städtischen Gewerbeamtes. Doch dürfte dieses sicher nicht zutreffen: Entlassungen werden hierüber eingezogen werden. Am 1. November, morgens, waren die Entlassenen versammelt, und es wurden die Vertreter des Verbandes beauftragt, bei der Firma vorstellig zu werden und zu verlangen, daß die Entlassenen wieder eingestellt würden. In der stattgefundenen Verhandlung geriet jedoch Herr Lischka derartig in Aufregung, daß er die Anwesenden des Verbandes an die Achsel fasste und aufforderte, seine Räume zu verlassen; er beschäftige keine Sozialdemokraten und verhandle auch nicht mit Sozialdemokraten, er wolle nichts mit ihnen zu tun haben. Mit der Aufforderung: „Wenden Sie sich doch an die Polizei!“ waren die Vertreter dann entlassen und die Verhandlung also erfolglos. Herr Lischka, der hiermit das Koalitionsrecht seiner Betriebsarbeiterin brutal illuzerisch machen will, hat sein Geschäft erst während der Kriegszeit mit ein paar Arbeiterinnen gegründet. Durch umfangreichen Verkauf seiner Produkte ins Feld ist der Umsatz so gestiegen, daß jetzt schon gegen 130 Personen beschäftigt werden. Seit Bestehen der Firma liefen bei der Organisation schon öfter Beschwerden ein, besonders über Nichterhaltung der gesetzlichen Vorschriften und wegen Mangel jeglicher sanitärer Einrichtungen. Die Unzufriedenheit im Betriebe unter der Arbeiterin ist in letzter Zeit nun so gestiegen, daß sie sich unbedingt einmal in einer Versammlung dazu äußern mußte, was nun die Vorstandsmitglieder mit ihrer Entlassung bösen müßten. Bemerkten wollen wir heute nur noch, daß Mühseligen im Betriebe vorhanden sind, die in andern Betrieben kaum mehr vorkommen dürften, und wir behalten uns vor, darauf zurückzukommen. In der bürgerlichen Presse sucht nun die Firma 40 bis 50 Arbeiterinnen und bewirbt in der „Ansober“: „Weiter können nur solche angenommen werden, welche keiner Organisation angehören.“ Damit gibt die organisationsfeindliche Firma also kund, daß sie ihren Standpunkt noch nicht geändert hat und mit der Arbeiterin nichts zu tun haben will. Ob ihr das auch wohl angenehm sein würde, wenn die Arbeiterin von ihrem Erzeugnissen nichts mehr kaufen und nicht mehr davon ins Feld schicken würde? Kann auch das rechtlich denkende bürgerliche Publikum den Standpunkt der Firma gutheißen und unterstützen? Versteht ein derartiges Gebaren nicht gegen den „Bürgerfrieden“? Es sind natürlich Schritte unternommen worden, die Firma von der Verwerflichkeit ihres Verhaltens zu überzeugen. Da das Koalitionsrecht der Arbeiter durch sie gefährdet ist, werden weitere Instanzen hierzu Stellung nehmen, und wir werden weiter darüber berichten.

Die Verhältnisse in den hannoverschen Keks- und Zuckerwarenfabriken.

Es ist selbstverständlich, daß wir uns von Zeit zu Zeit genau ansehen, wie sich die Dinge in der Süßwarenindustrie entwickeln. Besonders interessant ist das gerade jetzt in der Zeit vor Weihnachten, wo sonst Hochkonjunktur in dieser Branche war. Heute liegen die Dinge ganz anders; die Fabrikanten leiden unter dem Zuckerangel und unter dem Mangel sonstiger Rohstoffe: Kakao, Mandeln usw., was einen

geringen Beschäftigungsgrad unserer Kollegen bedeutet. Sehen wir uns aber das Gesamtbild der Süßwarenindustrie Hannovers an, so finden wir einerseits den Rückgang der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie, andererseits jedoch eine Weiterentwicklung in der Kekselindustrie. Interessant ist dabei die Frage der Löhne und der Feuerungszulagen. Wenn es uns auch nicht möglich war, in allen Fabriken genaue Einsicht zu bekommen und eine Zusammenstellung deshalb erschwert ist, weil in einigen Fabriken Vorküchler, Brämer usw. gezahlt werden, so zeigen die Angaben aber doch, daß unsere Kollegen und Kollegen der Süßwarenindustrie sich noch in sehr trauriger Lage befinden. Sie haben es nicht verstanden, ihre Löhne, die man mit Recht schon vor dem Kriege Hungerlöhne nannte, zu verbessern; wenigstens für die Mehrzahl trifft das zu. Und auf der anderen Seite sehen wir, wie die Unternehmer es raffiniert verstanden haben, ihre Betriebe den Verhältnissen anzupassen; in Hannover ganz besonders. Wir müssen mit dieser Entwicklung rechnen, müssen die Augen offenhalten.

Die Firma B a h l s e n zahlte den Arbeiterinnen Anfangslöhne von M. 11. Dann erhielt dort das sogenannte Prämien-system. Früher haben die Arbeiter und Arbeiterinnen keinen Gehalt und keine Kontrolle über dieses System. Feuerungs-zulage ist während des Krieges einmal eine solche von 5 A pro Stunde gewährt worden. Die erzielten Löhne sind infolge des Prämien-systems für die Arbeiterinnen sehr verschieden und schwanken zwischen M. 14 bis 24, ja M. 26 pro Woche. Die Löhne der Arbeiter schwanken zwischen M. 24 bis M. 38, einige kommen auch an M. 40; aber nur einige, wie das ja in jedem Betriebe mit großkapitalistischer Tendenz der Fall ist, wo man bekanntlich am liebsten die Arbeiter-schaft in ihren Interessen zerstückelt. Die Firma Bahlsen hat während des ganzen Krieges mit Hochkonjunktur gearbeitet und beschäftigt kürzlich 1800 Arbeiter und Arbeiterinnen; viel mehr als in Friedenszeiten. Dabei haben die Arbeiter Nebenarbeiten in großer Zahl machen müssen, die Firma hat also Kleingewinne eingeholt. Das ging noch bis vor unge-fähr sechs Wochen, da kamen Massenentlassungen über Massen-entlassungen. Sofort fragte man sich, was vorgefallen sei. Die schlimmsten Gerüchte trafen zutage, und heute sind dort gerade noch vierhundert bis fünfhundert Arbeiter beschäftigt; eine ganz minimale Zahl für diese Weltfirma.

Anderes liegen die Sachen bei F i e d e l e r und der Habag (Gantowische Brauerei). Die Geschäftsstellungen dieser Firmen sind seit während des Krieges zur Einstellung gekommen und haben zweifellos noch eine Entwicklung vor sich, mit der sie auch rechnen.

Fiedeler beschäftigt heute noch in seiner Keksabteilung 200 Arbeiterinnen. Von diesen 200 sind aber wenigstens die Hälfte eben aus der Schule entlassene Kinder: M. 1,50 pro Tag beträgt der Lohn dieser kleinen Geschöpfe. Die älteren Arbeiterinnen erhalten einen Aufwandslohn von M. 18,50 pro Woche. In diesem Betriebe wird in zwei Schichten, Tag und Nacht, gearbeitet. Wenn die Schicht um 7 Uhr be-ginnt, werden noch Überstunden bis 10 und 11 Uhr ab-rufen gemacht; dafür gibt es aber keine Überstundenlöhne. Im Gegenteile, Herr Fiedeler brachte es ja früher sogar fertig, seinen Bäckern 25 A für die Überstunde zu zahlen. Die Männer erhalten Anfangslöhne von M. 4,50 pro Tag.

Etwas besser sind die Verhältnisse in der Habag. Aber auch hier müssen die Frauen die schwersten Arbeiten mit verrichten, müssen an der Waage selbständig arbeiten usw. Nebenall viele Überstunden- und Nacharbeit. Da muß man sich beim doch darüber klar werden, wie dadurch der weibliche Organismus geschädigt wird und allerhand Gebrechen die Folge sein müssen!

Ähnlich wie bei Fiedeler liegen die Verhältnisse bei Triller, Gelle. Hier erhalten die Arbeiterinnen unter 16 Jahren 17, 18 und 19 A pro Stunde; über 16 Jahre die 20 A bei zehnständiger Arbeitszeit. Feuerungs-zulage gibt es im allgemeinen nicht; nur die verheirateten Ar-

beiterinnen erhalten für jedes Kind wöchentlich 50 A aus Trillers Privattasche, wie man sagt, was aber nur eine Versicherung ist. Auch hier sind noch 850 weibliche und 50 männliche Arbeiter beschäftigt, und es wird noch immer mit Hochkonjunktur gearbeitet. Mangel wie bei Bahlsen scheint sich hier nicht bemerkbar zu machen.

Anderes gestalten sich die Dinge in der Zuckerwaren-industrie; hier kann man mit Recht von einer Krise sprechen. Bei der Firma Sprengel arbeiten gerade noch 30 Leute, die auch noch anderthalb Tage in der Woche aussetzen. Feuerungs-zulagen wurden auf Vorgehen der Organisation zuerst 8 pZt. gewährt, und als dann anderthalb und zwei Tage ausgeht wurde, zahlte die Firma den vollen Wochen-lohn weiter und rechnete sich das als 33 1/2 pZt. Feuerungs-zulage an. Die Einstellungs-löhne für Arbeiterinnen betragen M. 10,50, dazu kommen die 8 pZt. Zulage. Die besten, selb-ständigen, gelernten Arbeiter, die schon länger als zehn Jahre bei der Firma ihre Dienste geleistet haben, erhalten heute — und das ist der höchste Lohn mit im Betriebe — M. 32,40. Das ist aber auch eine Ausnahme!

Bei der Firma B a h n sind noch zwei männliche und zwei weibliche Arbeiter beschäftigt. Dort erhalten die Ar-beiterinnen M. 12 pro Woche. Die Firma K r a f e hat ihren Betrieb wegen Zuckermangels vollständig eingestellt.

Bei der Firma Härtig arbeitet ein Meister mit zwölf Ar-beiterinnen. Dort werden 24 A pro Stunde gezahlt; es werden dort ausschließlich Waffeln und Waffelbrot hergestellt. Wir sehen also hieran deutlich, wie traurig die Lage unserer Kollegenschaft in der süßen Industrie ist, und wenn sie ihr Los verbessern will — und das muß sie; denn die Steuerung der Lebensmittel wird doch nicht so schnell zurück-gehen, wie sie entstanden ist —, so muß sie sich heute schon organisieren. Die Verbandsmitglieder — das sei an dieser Stelle noch ausdrücklich gesagt — haben die Pflicht, ihre Mitarbeiter aufzuklären und sie der Organisation zuzuführen; denn nur dann wird in der Lage, den Stürmen der Zeit standzuhalten. Nicht nur Lohn- und Verhältnissen sind zu verbessern; nein, auch grauam sieht es in manchen Be-trieben mit den sanitären Einrichtungen aus, von der Behand-lung nicht zu sprechen. Aber alles dieses können wir nur verbessern durch eine starke Organisation, und darum muß jeder seine Pflicht tun.

Zur Arbeitslage.

Die deutsche Wirtschaft hat durch die Verfolgung der kriegsführenden Heere und des Inlandsmarktes in vollem Umfang zu tun, so daß auch im ersten Viertel des dritten Kriegsjahres im Geschäftsgang der großen Erwerbszweige eine lebhaftige Tätigkeit zu verzeichnen war. Nach dem Reichsarbeitsblatt herrschte im September-Dezember 1916 für den Bergbau wie für die Eisen- und Metallindustrie ebenso starke Tätigkeit, wie in den Monaten zuvor und im Vorjahre. Zum Teil ist in der Metallindustrie eine weitere Steigerung dem Verlaufe gegenüber eingetreten. Das gilt auch für den angespannt arbeitenden Maschinenbau und für die elektrische Industrie. Auch die chemische Industrie weist, namentlich für die Her-stellung chemisch-pharmazeutischer Präparate und für die Farbstoffherstellung, eine Verbesserung der Geschäftslage auf. In der Holzindustrie und in der Genußmittelindustrie ist die Lage seit einiger Zeit unverändert. Ebenso sind im Bau-gewerbe keine wesentlichen Veränderungen eingetreten.

Die Nachweigungen der Kräfteklassen ergeben für die am 1. Oktober beschäftigten Mitglieder dem Anfang des vorhergehenden Monats gegenüber eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 57.256 oder um 1,22 vom Hundert. Die weiblichen Beschäftigten haben um 14.182 oder 0,42 vom Hundert zugenommen. Im Vorjahre war die Abnahme der männlichen Beschäftigten etwas stärker, die Zunahme der weiblichen Beschäftigten etwas schwächer. Insgesamt ist also dieses Jahr eine etwas günstigere Lage zu verzeichnen.

Von 37 Fachverbänden, die für 806.781 Mitglieder be-rechneten, wurden am Schluß des dritten Vierteljahres 16.989 Arbeitslose ermittelt; das sind 2,1 vom Hundert. Im Vor-jahre stellte sich diese Ziffer auf 2,2. Die Arbeitslosigkeit hat also weiter abgenommen.

Am günstigsten sieht sich die Arbeitslage für die Arbeiter-schaft an bei der Betrachtung der Arbeitsnachweisstatistik. Sowohl für die männlichen als auch für die weiblichen Personen hat eine Abnahme des Andranges von Arbeit-suchenden stattgefunden. Für den Monat September — den letzten, über den Zahlen vorliegen — kommen bei den Männern 68 (gegen 72 im Vormonat) und beim weiblichen Geschlecht 134 Arbeitsuchende (gegen 142 im Vormonat) auf je 100 offene Stellen.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände verzeichnen für Pommern, Königreich Sachsen, Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Hamburg keine wesentliche Ver-änderung des gewerblichen Arbeitsmarktes. Das gleiche gilt für Bayern und Baden. Für Württemberg ergab sich zum Teil eine weitere Verbesserung der Verhältnisse zugunsten der Arbeitsuchenden. In Elsaß-Lothringen macht sich ein Aufschwung des männlichen Arbeitsmarktes geltend. Im Rheinland ist die Nachfrage nach männlichen und weiblichen Arbeitskräften in der Industrie und im Kleingewerbe ge-wachsen und die Andrangsziffer hat sich — insbesondere für weiblichen Arbeitskräfte — günstiger gestaltet. In Westfalen herrscht gute Beschäftigung. Hessen und Hessen-Nassau, Provinz Sachsen und Anhalt berichten über weiterhin günstige Beschäftigung für die weibliche Arbeiterschaft infolge der vielseitigen Beschäftigungsmöglichkeiten in den Fabriken. In Berlin-Brandenburg und in Schleswig-Holstein hielt die ver-stärkte Nachfrage nach Arbeitskräften an und führte zu einer Erhöhung der Vermittlungsergebnisse.

Für die Bäcker und Konditoren wurden bei den Arbeits-nachweisen, die sich mit der Vermittlung dieser Berufs-befassen und an das Reichsarbeitsblatt berichten, im Monat September 3258 Arbeitsuchende gebucht, denen 3209 offene Stellen gegenüberstanden. Vermittelt wurden 2616 Stellen. Wie sich die Vermittlungstätigkeit auf die einzelnen Landes-gebiete verteilte, geht aus folgender Aufstellung hervor:

Landesgebiete	Zahl der			Auf jede offene Stelle entfallende Arbeitsuchende
	Arbeits-suchenden	offenen Stellen	besetzten Stellen	
Ost- und Westpreußen . . .	54	48	41	1,13
Berlin u. Prov. Brandenburg	1408	1411	1358	0,99
Provinz Pommern	44	35	28	1,26
" Posen	19	28	22	0,68
" Schlesien	58	100	40	0,58
" Sachsen	134	146	103	0,92
" Schleswig-Holst.	56	59	46	0,95
" Hannover	45	61	39	0,73
" Westfalen	67	79	38	0,65
" Hessen-Nassau	105	132	98	0,79
" Rheinland	86	109	49	0,79
Königreich Bayern	271	171	113	1,57
" Sachsen	258	268	216	0,96
" Württemberg	139	84	61	1,65
Großherzogtum Baden	163	129	102	1,36
" Pfalz	36	34	19	1,06
Anderere Bundesstaaten	31	44	26	0,70
Lübeck	11	11	9	1,00
Bremen	16	33	12	0,48
Hamburg	222	190	186	1,17
Elsaß-Lothringen	32	46	10	0,99

Insgesamt kommen auf je 100 offene Stellen 101 Arbeit-suchende gegen 78 im Vorjahre und gegen 114 im Vormonat. Gegen den Vormonat hat sich also die Lage gebessert. In den meisten Landesgebieten war der Andrang Arbeitsuchender

Polen.

Gegenwärtig ist Polen eigentlich bloß ein historischer Begriff, denn der selbständige Staat Polen hat bereits im Jahre 1795 zu bestehen aufgehört, und nicht einmal sein Name hat sich in einem der Teile erhalten, die als Provinzen Preußen, Österreich und Rußland eingeordnet wurden. Das Land der Polen als Sprachgebiet erstreckt sich in der Haupt-sache des Ostteil des Reiches, mit Ausnahme des an der Obe-recke gelegenen Landstriches, sowie einen Teil des Gebietes der östlichen Zipfel der Ober- und unteren Weichsel, die westlich gegen das deutsche Sprachgebiet im Westen besteht nicht, ebensowenig gibt es solche Grenze gegen das litauische Sprachgebiet im Nordosten. Dagegen bilden die weiten Waldgebiete an den Flüssen Wisla und Bug, die zum Teil noch von Urwald bewaldet sind, eine Völkergrenze zwischen Polen und Rußland (aber nicht Litauen). Doch wird auch das polnische und litauische Sprachgebiet in Galizien durch keine natürliche Schranke getrennt, weshalb der Besitz dieses Landes seit langem von beiden Völkern umritten ist.

Polen bilden einen Teil der östereuropäischen Ebene, die den Charakter des Halbsteppes und Einflurigen trägt. Die Landschaftscharakter hat sich auch den Bewohnern mit-gegeben: sie sind zum Teil melancholisch, langsam; ihre Kultur-entwicklung war überaus kümmerlich. Bei der großen Aus-dehnung der östereuropäischen Ebene und den in ihren einzelnen Teilen anzutreffenden Lebensbedingungen war selbstverständlich der Grad der Kultur nicht überall derselbe, was lassen noch die von außen eindringenden vor-schiedenen Kulturströmungen. Daher kommt es, daß die Slawen in den westlichen Gebieten reichere Kulturfortschritte machten und andere Charaktereigenschaften annahmen als die im Osten.

Die Polen, die einen der westlichen Zipfel des litauischen Sprachgebietes bilden, sind wahrscheinlich im achten Jahr-hundert durch Einwanderung vorrückender bis dahin von ein-ander unabhängiger Stämme zu einem festen und einig-geführten Volk geworden. Das beherrschende Volkstum heraus-zutreten ist der polnische Staat zu einem mächtigen Reich, das zum ersten Mal im Jahre 1025 durch die Mitte des polnischen Reiches eintrat. Dieses Reich gehörte ein großer Teil des Ostpreußen, Ostpreußen und Ostpreußen zum polnischen Reich. Nach im 13. Jahrhundert ging der polnische Sprachgebiet zu Preußen, Litauen an Schweden, während nach von 1772 bis 1795 erfolgten die besetzten Teilungen

Polens zwischen Rußland, Österreich und Preußen. Schuld an dem politischen Niedergange Polens trugen hauptsächlich jene adeligen Grundherren, die auch das wirtschaftliche Emporkommen des Landes verhinderten, da sie ganz einseitig auf ihren eigenen Vorteil bedacht waren, die Landbesiedlung schwer bedrückten und dem städtischen Bürgertum feindselig entgegentraten, sie ließen besonders deshalb, weil dieses Bürgertum fast unter dem Einflusse der deutschen Kultur stand. Der Nationalismus war ja immer blind und kultur-feindlich.

Deutsche Kolonisten kamen schon seit dem 12. Jahr-hundert nach Polen; aber um die Mitte des 16. Jahrhunderts war auch schon ziemlich allgemein die Blüte der deutschen Ansiedlungen in diesem Lande dahingekommen. Adel und Klerus fürchteten das aufstrebende Städtewesen und den freien Bauernstand und vernichteten sie. Nach den Teilungen Polens begann in den an Österreich und Preußen gefallenen Landesteilen eine eifrige deutsche Besiedlung. Infolge davon hat in Westpreußen und Polen deutsche Leben dauernd feste Wurzel gefaßt. In Galizien hat deutsche Sprache und Kultur mehrere Jahrzehnte hindurch bemerkenswerte Fortschritte ge-macht, doch erfolgte später wieder ein Zurückdrängen. Nach M. Kozub haben sich bis zur Zeit des Kriegsausbruches in etwa 200 galizischen Dörfern 80.000 deutsche Bauern erhalten. Der ehemals vorwiegend deutsche Charakter von Lemberg und anderen galizischen Städten war bereits ganz geschwunden.

Besser zu behaupten vermochte sich das Deutschtum in dem bisherigen russisch-Polen, wo die Volkszählung von 1897 407.000 Deutsche ergab; davon lebten im Gouvernement Warschau allein 149.000. Die Gesamtzahl der Einwohner Russisch-Polens war 12 1/2 Millionen, wovon 74 pZt. Polen, 15 pZt. Juden, 4,3 pZt. Deutsche, 4 pZt. Russen waren usw. Die Einwohnerzahl der 115 Städte betrug bloß 23 pZt. der Gesamtbevölkerung. Nur 40 pZt. der Bevölkerung waren des Lesens und Schreibens kundig, 60 pZt. waren Analphabeten und in manchen Landesteilen ging der Anteil der Analpha-beten noch weit über den Durchschnitt hinaus.

Der österreichische Anteil Polens, Galizien zählte 1910 3 Millionen Einwohner, wovon 59 pZt. Polen, 40 pZt. Ruthenen und etwa 1 pZt. Deutsche waren. Dabei ist zu berücksichtigen, daß unter den Polen etwa 11 pZt. Juden mitgerechnet wurden. In Westgalizien bilden die Polen 95 pZt. in Ostgalizien jedoch nur 34 pZt. der Bevölkerung. Die Polen sind auch in Ostgalizien vorwiegend polnisch; in Lemberg zum

Beispiel bilden die Ruthenen oder Kleinrussen bloß etwa ein Fünftel der Einwohner.

In wirtschaftlicher Beziehung ist das Land der Polen zurückgeblieben. Die Landwirtschaft, die überall die wichtigste Erwerbsquelle der Bevölkerung ist, wird nicht rationell be-trieben, wohl vornehmlich deshalb, weil die ehemals durch Fronarbeit und Abgaben schwer bedrückten Bauern nur wider-willig arbeiten und damit die Wirtschaftlichkeit und den zweck-mäßigen Betrieb der Wirtschaft überhaupt verlernen. Der durchschnittliche Ertrag eines Hektars landwirtschaftlichen Bodens war vor dem Kriege (in Meterzentnern):

	Weizen	Roggen	Kartoffeln
In Galizien	10,7	9,8	108,0
" Russisch-Polen	12,2	10,0	122,1
" Polen	19,5	16,5	148,3

In Galizien war stets Getreideeinfuhr notwendig, teil-weise sogar nach ländlichen Bezirken. Auch Russisch-Polen führte kein Getreide aus. Etwas besser als mit dem Alterbau stand es sowohl in Galizien wie in Russisch-Polen mit der Viehzucht, doch sind sowohl die polnischen Pferde wie die Künder unansehnlich und geringwertig.

Von der Landwirtschaft lebten im Jahre 1900 in Galizien 83 pZt., in Russisch-Polen 62 pZt. der Bevölkerung. Die Industrie ist in Galizien ganz unbedeutend; sie hat dort vor-wiegend die Form des landwirtschaftlichen Nebenbetriebes. In Russisch-Polen war die Industrie höher ausgebildet, wobei vielleicht der Umstand viel mitgewirkt hat, daß die Polen nicht in den Staatsdienst treten konnten, weshalb sie sich viel-fach technischen Berufen zuwenden. Überdies war die Industrie Russisch-Polens durch hohe Zölle gegen ausländische Konkurrenz geschützt und in Rußland fand sie reichen Absatz, besonders nachdem 1851 die Zollvereinbarung zwischen Polen und Rußland aufgehoben worden war. Der Wert der industriellen Produktion Russisch-Polens stieg von 103 Millionen Rubel 1877 auf 860 Millionen Rubel 1910; von dieser Summe entfielen auf die Textilindustrie 311 Millionen, die Nahrungsmittel-industrie 115 Millionen, die Metallindustrie 110 Millionen, die Bergwerks- und Hüttenindustrie 69 Millionen, die Be-leuchtungsindustrie 48 Millionen usw. Der Kohlenreichtum Russisch-Polens beträgt etwa ein Drittel desjenigen Öster-reichs. In Galizien ist Polen arm. Petroleum und Salz sind wichtige Bodenschätze Galiziens, in Russisch-Polen dagegen konnten sie nicht vor-

geringer als die Zahl der gemeldeten Stellen. Nur in sieben Landesgebieten wird die Gesamtdurchschnittszahl überstiegen, und zwar in Westpreußen, Pommern, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und in Hamburg. In allen andern Gebieten überstieg die Zahl der Stellen die der Arbeitsuchenden. Nach diesen Zahlen war die Arbeitslage für die beiden Berufe günstig. Das Gewerbe selbst hat einen ungünstigeren Geschäftsgang als im Vorjahr. Die Zahl der Beschäftigten hat abgenommen. Das zeigen die Berichte der Krankenkassen. In fünf Ortsklassen und 179 Innungsklassen für Bäcker waren am 1. Oktober 23 546 männliche und 20 652 weibliche versicherungspflichtige Mitglieder. Gegen den Vormonat trat eine Abnahme ein für die männlichen Mitglieder bei den Ortsklassen um 1,88 pZt., bei den Innungsklassen um 0,35 pZt.; für die weiblichen Mitglieder bei den Ortsklassen um 1,04 pZt. Die Ortsklassen hatten für die weiblichen Personen eine Zunahme um 1,51 pZt. Diese kann aber die Abnahme nicht ausgleichen; insgesamt waren also weniger versicherungspflichtige Mitglieder vorhanden, oder mit andern Worten: das Gewerbe beschäftigte weniger Personen.

Verbandsnachrichten.

Weihnachtsspende an die Frauen und Kinder der zum Kriegsdienst eingezogenen Verbandsmitglieder.

Verbandsvorstand und Verbandsauschuß haben beschlossen, daß zu Weihnachten die bedürftigen Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Verbandsmitglieder eine einmalige Unterstützung von je M. 8 haben sollen.

Die Frage, ob bei den Familien der eingezogenen Verbandsmitglieder Bedürftigkeit vorliegt, haben die Vorstände der Zahlstellen nach den Grundätzen zu prüfen, wie sie bei der zu Anfang des Krieges zur Auszahlung gelangten Familienunterstützung maßgebend waren.

Wir rechnen bei dieser Veranstaltung mit einer Ausgabe von M. 60 000 bis M. 70 000 aus der Hauptkasse des Verbandes; es ist also bei dem heutigen Staube der Einnahmen des Verbandes ein verhältnismäßig großes Opfer, welches die Organisation zu diesem Zwecke bringt.

Ausdrücklich muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Auszahlung dieser Weihnachtsunterstützung bis zum 31. Dezember 1916 beendet sein muß, daß es also nach dem 31. Dezember dieses Jahres eingereichte Gesuche und Nachbewilligungen nicht geben kann. Die Zahlstellenvorstände werden dringend ersucht, dafür zu sorgen, daß dieser Beschluß den Familien der Kriegsteilnehmer rechtzeitig bekannt wird.

Die Weihnachtsspende soll unter folgenden Bedingungen zur Auszahlung kommen:

1. Die Frauen solcher Verbandsmitglieder, die bei ihrer Einziehung zum Kriegsdienst mindestens ein halbes Jahr dem Verbandsangehörigen und mindestens für 26 Wochen ihre Verbandsbeiträge entrichtet hatten, erhalten eine einmalige Unterstützung von M. 8.

2. Frauen von im Auslande gefangenen oder internierten, in Gefechten gefallenen, an ihren Wunden oder an Krankheiten im Kriege gestorbenen Verbandsmitgliedern werden in der gleichen Weise bedacht.

3. Die Kassierer der Zahlstellen bringen diese Beträge in der zweiten Hälfte des Monats Dezember auf Kosten der Hauptkasse des Verbandes zur Auszahlung, und zwar gegen Unterschrift der Frauen auf dazu gefertigten Quittungsformularen; die Kassierer der Zahlstellen verrechnen die angezahlten Beträge mit dem Hauptkassierer bei der Einzahlung der Dezemberabrechnung.

Der Verbandsvorstand. Der Verbandsauschuß. D. Allmann, Vorsitzender. Thomas Berr, Vorsitzender.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Quittung.

Vom 5. bis 11. November gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für September und Oktober: Weiswasser M. 32,45, Homberg u. d. H. 6, Amberg 31,68.

Für Oktober: Hamburg M. 2081,29, Stendal 9,55, Karlsruhe i. V. 12,70, Pöhlau 12,75, Leipzig 779,74, Glashorn-Neudorf 15,95, Hildeheim 6, Cassel 128,02, Ebn 137,77, Halle 342,68, Vörrach i. V. 31,04, Dresden 1711,84, Würzburg 60,33, Lindenstraße 22,95, Hlensburg 107,10, Mühlhausen i. Elsaß 33,10, Hirschberg 16,75, Spremberg 13,25, Rudolstadt 24,15, Götlich 58,22, Weisburg 43,25, Finenau 27,60, Plauen i. V. 45,65, Harburg 63,91, Chemnitz 438,25, Limbach 50,55, Magdeburg 646,31, Langenmünde 13,89, Bremerhaven 98,85, Gotha 61,04, Geburg 11, Duisburg 78,85, Augsburg 23, Herford 225,47, Bremen 225,51, München 1110,31, Dessau 10,90.

Von Einzelnzahlern der Hauptkasse: S. B. Gardelegen M. 9.

Für Annoucen: Hlensburg M. 3,00, Herford 3,30, Magdeburg 13,20, Duisburg 4,50, München 22,10.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung“: Halle M. 8.

Der Hauptkassierer. D. Freitag.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Frankfurt a. M. Heinrich Reber, Bäcker, 37 Jahre alt, Ende Oktober 1916 im Felde gestorben.

Bezirk Leipzig. Albert Pilz, 20 Jahre alt, gefallen.

Bezirk Nürnberg meldet als gefallen: Georg Hölzl, Lebküchler; Georg Seeberger, Lebküchler; Karl Krug, Bäcker; Max Gollinger, Bäcker. **Ehre ihrem Andenken!**

Lohnbewegungen und Streiks.

Leuerungszulagen in Genossenschaftsbetrieben.

Im **Wareneinkaufsverein zu Guben** haben die dort beschäftigten drei Kollegen am 30. Oktober eine einmalige Leuerungszulage von je M. 25 erhalten.

Die **Angestellten der „Produktion“ in Hamburg** erhalten jezt gleichfalls eine laufende Leuerungszulage. Um die durch die anhaltende Leuerung erschwerte Lebensunterhaltung nach Kräften zu erleichtern, hat die Verwaltung an Stelle der bisherigen zeitweilig geleisteten Geldzuwendungen regelmäßige, prozentuale Zuschläge auf die Grundlöhne beschlossen und wurden diese unter Zustimmung der Betriebsausschüsse wie folgt festgelegt:

Es erhalten vom 1. Jahrtag im November, also vom 28. Oktober 1916 bis 1. April 1917:

- 1. Betriebsarbeiterinnen 20 pZt.
- 2. Verheiratete Betriebsarbeiter mit einem Wochenlohn bis einschließlich M. 35 20 "
- 3. Ledige Betriebsarbeiter mit einem Wochenlohn bis einschließlich M. 35 15 "
- 4. Betriebsarbeiter mit einem Wochenlohn bis einschließlich M. 40 15 "
- 5. Betriebsarbeiter mit einem Wochenlohn über M. 40 10 "
- 6. Männliches und weibliches Konior- und Verkaufspersonal 10 "

Die unter 3. genannten ledigen Betriebsarbeiter, die einen eigenen Hausstand vorziehen oder die einzigen Ernährer ihrer Eltern sind, werden den verheirateten Arbeitern unter 2. gleichgestellt.

Die Zuschläge erfolgen nur auf den Grundlohn; die Ueberstunden bleiben unberücksichtigt. Die jeztige Leuerungszulage fällt fort.

Die Zulage für die erste Novemberwoche wird in der zweiten Woche nachgezahlt, da die Fertigstellung der Lohnliste längere Zeit erfordert.

Der **Konsumverein in Remscheid** gewährte am 3. November eine einmalige Leuerungszulage, und zwar an Verheiratete mit Kindern unter 14 Jahren M. 45, an ledige Männer M. 30 und an die Arbeiterinnen M. 20.

Fabrikbranche.

Die **Zuckerwarenfabrik Rahde in Bielefeld**, in welcher jezt noch 5 Arbeiter und 24 Arbeiterinnen beschäftigt sind, erhielten die Beschäftigten anfangs November eine einmalige Zulage von je M. 10 und außerdem eine wöchentliche laufende Leuerungszulage von M. 2,50.

Korrespondenzen.

Bäcker.

Agitationstour im Südwesten. Einem Bericht des Kollegen Fiedler-Frankfurt a. M. über den guten Verlauf einer Agitationstour im Südwesten Deutschlands entnehmen wir:

Mit Pforzheim im badischen Münsterlande wurde der Reigen eröffnet. Infolge des Weltkrieges hatten sich hier die Verbindungsstäben gelöst. Dieselben wieder anzuknüpfen, war der Zweck meiner Namenseite. In Karlsruhe wurde eine Betriebsversammlung für die Gehilfen des Lebensmittelbedürfnisvereins sowie eine allgemeine Versammlung einberufen. — Eine gemeinschaftliche Versammlung für Bäckergehilfen und für die Fabrikbranche lagte in Freiburg i. Br. — Für Triberg in Baden mußte auch wieder einmal nach dem Rechten gesehen werden; auch hier wurde eine Versammlung in die Wege geleitet, in der ein Kollege die Durchsicherung des Verbotes zur dauernden Beseitigung des Nachtbrotverbotes hemängelte und anführte, daß eine Anstaltskaserne in Emmendingen b. Lahr des Nachts baste, obgleich keine Heereskaserne in Betracht komme. — Im Saargebiet wurden in Neunkirchen und Saarbrücken I Versammlungen abgehalten. In dieser Gegend stehen die Gehilfen fast alle in den dreißiger und vierziger Jahren. Mehrere davon waren sogar bei strömendem Regen und aus Entfernungen von 25 bis 30 Kilometern herbeigezogen. — Dann folgte eine Versammlung in Kaiserlautern. — In Mannheim kam vor allem die Fabrikbranche in Betracht; drei Versammlungen waren für diese Betriebe angesetzt und eine weitere wurde eingeschoben.

Die in verchiedenen Orten neu angeknuften Stäben, besonders in Pforzheim, sollen sorgfältig und demgemäß weitere Versuche gemacht werden. Den Kriegsverhältnissen entsprechend und die schwierige Lage im Südwesten ganz besonders berücksichtigend, konnte man mit dem Besuch der Versammlungen zufrieden sein. Es waren auch Kriegsteilnehmer sowie einige Meister bei einzelnen Veranstaltungen vertreten. In allen Orten, mit Ausnahme der Fabrikbranche, wurde die dauernde Beseitigung der Nachtarbeit und die andern jezt so wichtigen Fragen der Organisation behandelt. Entsprechende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen. Fast ohne Ausnahme wurden in allen Versammlungen Mitglieder für die Organisation — zusammen 40 — gewonnen. Man kann sagen, daß ein lebendiger, frischer Geist unter den Kollegen und Kolleginnen im Südwestdeutschland Einzug gehalten hat.

Mögen die Vertrauensleute dieser Städte also die ausgezeichnete Stimmung ausnutzen! Dann werden wir die neuen Mitglieder nicht nur halten, sondern weitere verzeichnen können.

Forst i. d. S. Am 7. November tagte in Forst eine gut besuchte öffentliche Bäckerversammlung im Hotel „Kaiserhof“. Unser Referent, Kollege Cassen aus Görlitz, sprach zunächst über die Abschaffung der Nachtarbeit. Er schilderte den anwesenden Kollegen in kurzen Worten die großen Wohltaten, die dem gesamten Bäckergewerbe durch das Nachtbrotverbot zuteil geworden sind, und ermahnte sie, sich das einmal in den Schoß geworfene Glück nicht wieder entziehen zu lassen; dazu gehöre aber das feste Zusammenhalten sämtlicher Kollegen am Orte. Jezt, wo das Verbot schon annähernd zwei Jahre besteht, gibt es keinen Zweifel mehr, daßselbe auch nach dem Kriege bestehen zu lassen. Die Abstimmung unserer Kollegen sowie der Meister im Felde bewiesen, daß die Nachtarbeit nie wieder aufkommen darf. Nun ist es aber die größte Pflicht aller daheimgebliebenen Kollegen, auch dafür zu sorgen, daß den heimkehrenden Kollegen aus dem Felde die Gemüthsruhe gegeben wird, ihre verlassenen Arbeitsstätten zu besetzen oder aber in andern Bäckereien Arbeit zu finden. Das ist am besten zu erreichen durch Gründung eines Arbeitsnachweises (Bezirk), von je zur Hälfte der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zu besetzen. Der Referent nahm Rücksprache mit dem Innungsoberrmeister I. elbst, der auch gewillt ist, die nötigen Schritte seinerseits zu unternehmen. Kollege Cassen ermahnte die Kollegen noch an ihre Pflicht, die sie doch als deutsche Bäckergesellen hätten, und forderte sie auf, doch endlich ihre Fesseln abzutreiben und dem Verbandsbeitritt zu treten, damit auch in Forst einmal geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihren Einzug halten und die verheirateten Kollegen nicht gezwungen sind, ihr Handwerk niederyulegen und der Textilindustrie nachgehen zu müssen. Die anwesenden Kollegen stimmten dem Referenten in seinen Ausführungen bei. Es wurden drei Aufnahmen vollzogen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende, Kollege Berger, noch die Kollegen auf, recht zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen und unablässig neue Mitglieder zu werden, damit endlich einmal Schritte unternommen werden können zum Wohle der Forster Bäckergehilfen.

Freiburg i. Br. Zu der am 26. Oktober stattgefundenen verhältnismäßig gutbesuchten öffentlichen Versammlung waren auch die Herren Meister eingeladen worden, glanzlos aber durch Abwesenheit. Kollege Fiedler-Frankfurt a. M. besprach den ganzen Werdegang betreffs des Nachtbrotverbotes. Er führte den Verammelten die wiederholt erlassenen Bestimmungen seitens der Regierung in dieser Frage vor Augen und streifte kritisch über zustandende die Handlungen, die in Wort und Schrift von Freunden und Feinden des Nachtbrotverbotes unternommen worden sind. Er hob ganz besonders die Bemühungen unserer Organisation hervor, jezt noch während des Krieges von der Regierung ein Gesetz zu erhalten, welches die Nachtarbeit ohne Ausnahme dauernd verbietet. Kritisch mußte er sich eingehend mit den bedrückten Meistern beschäftigen. Aufgabe der Kollegenschaft müsse es nun sein, alles aufzubieten, jeden dem Verbands fernstehenden Berufscollegen zu organisieren, um somit laut und deutlich für die dauernde Beseitigung der Nachtarbeit zu wirken. Der Vorsitzende Kiehl richtete noch aufmunternde Worte an die Anwesenden mit dem Ersuchen, das Gehörte in unserm Sinne zu verwerten und in die Tat umzusetzen. Zwei neue Aufnahmen waren zu verzeichnen.

Hannover. Am 4. November fand im Gewerkschaftshause die Quartalsversammlung statt. Der Vorsitzende Kappel gedachte der innerhalb des letzten Quartals gefallenen Kollegen. Kassierer Gsch erzahlte den Geschäfts- und Kassenbericht. Im letzten Quartal war eine Einnahme von M. 1744,85 zu verzeichnen zu einem Kassenbestande von M. 2030,27. Die Gesamteinnahme beträgt also M. 3775,12. Dem gegenüber steht eine Ausgabe von M. 1808,50, wovon allein M. 1285,63 an die Hauptkasse gefandt wurden, es bleibt somit ein Bestand für nächstes Quartal von M. 1966,58. An Arbeitslosenunterstützung wurden M. 42,45 gezahlt, an Krankenunterstützung M. 179,80. Man darf wohl feststellen, daß die Kassenverhältnisse günstig sind, wenn man berechnet, daß gerade im letzten Monat ein ganzer Teil unserer Kollegen zum Heeresdienst eingezogen wurde. Dazu kommt noch, daß sich in der letzten Zeit leider eine Abnahme bei der Zahl der weiblichen Mitglieder bemerkbar macht, was auf die Arbeitslosigkeit und auf die schlechten Löhne in der Fabrikbranche zurückzuführen ist. Zu Arbeitsnachweis konnten nur zwölf Kollegen vermittelt werden, da uns immer Arbeitslose fehlen, um die Stellen zu besetzen. Zum Geschäftsbericht führte der Referent noch aus, am bedauerlichsten sehe es in der Fabrikbranche, welche an dem Mangel an Rohmaterialien schwer leide. Gewin konnte die Zuckerfabrikation für Zucker, der heute als „marktfrei“ den Fabrikanten angeboten wird, werden Preise von M. 1 bis M. 1,20 pro Pfund verlangt. Während früher bei der Firma Sprengel um diese Zeit der Weihnachtskassensatz 500 bis 600 Personen beschäftigt waren und Ueberstunden über Ueberstunden geleistet wurden, sind jezt gerade noch 175 Personen tätig, die auch noch wöchentlich anderthalb Tage aussetzen. In den kleinen Ruderwarenfabriken ist die Lage noch viel ungünstiger. Bei der Firma Vahlken ist der Betrieb ebenfalls stark eingeschränkt. Tagelohn wird in andern Fabriken, zum Beispiel bei Fiedler, noch immer mit Ueberstunden bis 10 Uhr in der Kesselsabteilung gearbeitet. Was die Kollegen in den Brotfabriken anbetrifft, so werden dieselben wohl in nächster Zeit wieder erneut an die Fabrikanten herantreten wegen einer Leuerungszulage mit Rücksicht auf die rapide Leuerung sämtlicher Lebensmittel. Es wurde dann noch kurz die Kriegsbeschädigtenfürsorge gestreift. Hier sei es ja bekanntlich mit den Forderungen zu Arbeitsgemeinschaften gekommen. Vertrauensmänner seien schon dazu gewählt; auch haben die ersten Besprechungen schon stattgefunden. Zur Weihnachtsfrage wurde ebenfalls Stellung genommen. Vom Hauptvorstande ist wiederum wie voriges Jahr festgesetzt, den Frauen der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder eine Unterstützung von M. 8 zukommen zu lassen. Dazu wurden von der Zahlstelle noch M. 2 dazu bewilligt. Von der üblichen Weihnachtsfeier wurde Abstand genommen. Bei dem Punkte „Verschiedenes“ befaßte man sich mit dem neuesten Vorhaben des Brotfabrikantenverbandes und der Vertreter der Konsumvereine zur Durchsicherung des Nachtbrotverbotes. Hierzu gab Kollege Gsch einen kurzen Bericht. Man gebe sich auf jener Seite die größte Mühe, den Bäckern wiederum die Nacht-

Arbeit zu beschleunigen, indem sie immer wieder mit ihren Vorarbeiten kommen, die schon um 3 und 4 Uhr morgens getroffen werden müssen! Selbstverständlich würde das eine vollständige Durchlöcherung des Nachbäckerkochens bedeuten. Bedauerlich sei es, daß sich auch immer wieder die Vertreter der Konsumvereine diesem Vorgehen anschließen. Diesmal haben sich sogar das Kriegsernährungsamt ausgelacht. Sämtliche Vertreter der Gehilfenverbände sowie auch die Vertreter der Innungen, der Germania-Verband, hätten aber diese Forderungen zurückgewiesen, so daß der Vertreter der Regierung erklärte, daß vorläufig nicht an eine Verringerung zu denken und vor allem Dingen gar kein Anlaß dazu vorhanden sei. Die organisierten Bäckergehilfen aber seien einig. Das sei auch wieder ein in dieser Verammlung zum Ausdruck gekommen. Die Nacharbeit ließen sie sich nicht wieder anerkennen, sie würden dahin arbeiten, daß die Kollegen, die aus dem Felde zurückkehren werden, auch in den Segen der Tagesarbeit gesetzt werden könnten.

Für die Arbeiterinnen.

Frauenverberbsarbeit und Arbeiterinnenschutz.

Von Luise Biez.

Mit der steigenden Intensität und der wachsenden Mechanisierung der Arbeit ist ein tief einschneidender geschlechtlicher Schutz der Arbeitenden, der fortgesetzt erweitert werden muß, zu einer kulturellen Notwendigkeit geworden.

Die Gesetzgebung hat aber meistens erst festgelegt, was durch den wirtschaftlichen Kampf erzwungen und langst Praxis geworden war.

Trotzdem haben wir alle Ursache, immer von neuem das größte Gewicht auf eine gesetzliche Regelung des Schutzes zu legen, weil erst diese eine feste Schranke der übermäßigen Ausnutzung der Arbeitskraft zieht, die nicht bei jeder Krise sofort durchbrochen und niedergelegt werden kann.

Insbesondere ist gegenwärtig bei der starken Zunahme der Frauenverberbsarbeit, ein umfassender Arbeiterinnenschutz von größter Bedeutung, ja mehr als das: eine unumgängliche Notwendigkeit.

Durch das Notgesetz vom 4. August 1914 ist dem Reichstagen das Recht eingeräumt, die geltenden Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderbeschützungsmaßnahmen während der Dauer des Krieges außer Kraft zu setzen. In die Außerkräftsetzung der Schutzgesetze auch nicht generell erfolgt, so ist die leichtere Möglichkeit, von der Umsetzung der Gesetze befreit zu werden, von vielen Unternehmen sehr hart ausgenutzt worden.

Das für kurze Zeit und als Ausnahme gedacht war, ist jetzt eine mehr als zweijährige Praxis und Regel geworden. In der Folge ist nicht nur die Arbeitszeit vielfach verlängert, das Verbot der Nacharbeit außer Kraft gesetzt, sondern auch Frauenarbeit in Betrieben zugelassen, in denen sie vor dem Kriege durch Gesetz oder Bundesratsverordnung verboten war.

Diese partei Ausnutzung der weiblichen Arbeitskraft wirkt auf die Dauer zweifellos in hohem Maße gesundheitsschädlich.

Eine Gesundheitschädigung der Frauen bringt fortwährend aber auch eine Beeinträchtigung von Gesundheit und Lebensmöglichkeit der nachwachsenden Generation.

Der Arbeiterinnenschutz hat deshalb doppelte Bedeutung: Er soll eine übersteigbare Schranke sein gegen eine übermäßige Ausnutzung, um in der Arbeiterin die Persönlichkeit, den Menschen, dem eigenen Denken, Fühlen, Wollen und Streben eignet, vor gesundheitlichen Gefahren und geistiger Verödung zu bewahren, und er soll gleichzeitig den weiblichen Menschen behüten, der gegen Familie und Gesellschaft die naturgegebenen Pflichten der Mutterpflicht zu erfüllen hat.

Je größer die Zahl der weiblichen Arbeiter wird, um so mehr erfordert deshalb nicht nur ihr eigenes Interesse und das ihrer Klasse, sondern darüber hinaus das Lebensinteresse der Gesellschaft, daß der Arbeiterinnenschutz eine tätige Ausgestaltung erfährt.

Der erste Schritt dazu wäre die Aufhebung des Notgesetzes von 1914.

Bei der starken Überfüllung des weiblichen Arbeitsmarktes kann keine Rede davon sein, daß Nacht- und Nebenarbeit gemacht werden müßte, um die Produktion aufrechtzuerhalten. Dagegen wird der Verlust, der der Volksgesundheit aus dem gegenwärtigen Stand der Dinge erwächst, ein unüberwindlicher werden, je mehr, je länger die weibliche und jugendliche Arbeitskraft zu wenig geschützt bleibt.

Weser sind freilich die sozialdemokratischen Anträge im Reichstage, desgleichen die Petitionen der Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Frauen und des Arbeiterinnenvereins, die einen Erfolg geblieben. Diese Forderungen darf man jedoch nicht abschreiben, immer muß neue die Aufhebung des Notgesetzes zu fordern und darüber hinaus weitere weitergehenden Forderungen für den Ausbau des Arbeiterinnenschutzes mit Nachdruck zu vertreten.

Eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden für die erwachsenen Arbeiterinnen und auf sechs Stunden für die Jugendlichen; Verbot der Erwerbsarbeit für alle Kinder bis zum sechzehnten Lebensjahre; die Freigabe des Sonnabendnachmittags, um den Arbeiterinnen einen vollen freien Sonntag zu sichern; die Freigabe eines freien Nachmittags zu Herberübungen für die Jugendlichen; die gesetzliche Einführung einer vierstündigen Ferienszeit für alle Arbeiterinnen unter Fortzahlung des Lohnes; Verlängerung der als Nacht begriffenen Zeit, um ein Durchbrechen des Verbots der Nacharbeit durch Überstunden zu verhindern; ein Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen bei gesundheitlich schädlichen und gesundheitsgefährdenden Arbeitsarten und -methoden; Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen acht Wochen vor der Entbindung und acht Wochen nach dieser; ein Ausbau des Fernarbeitsgesetzes nach den Grundsätzen, wie sie von den verschiedenen Fernarbeitskongressen festgestellt worden sind.

Das sind die wichtigsten Forderungen, die wir in der Öffentlichkeit propagieren und im Parlament mit Energie vertreten sollten. Alle Forderungen, deren Durchsetzung durch die künftige Zunahme der Frauenverberbsarbeit und die Verschärfung anderer wirtschaftlichen Verhältnisse dringlicher sein können.

Obwohl wir schon eine starke Gewöhnung an die verlässliche Einhaltung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte

stattefinden; in der Folge wird deshalb die Durchführung eines erweiterten Schutzes ungemein erschwert werden.

Daraus erwächst für uns die Pflicht, den gekennzeichneten Ausbau des Arbeiterinnenschutzes als soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit wieder und wieder aufzuzeigen und eindringlich darzustellen, um die Entwicklung vorwärtszutreiben.

In erster Linie ist es natürlich Sache der gewerkschaftlichen und politisch organisierten Arbeiterinnen, die Diskussion dieser für sie so überaus wichtigen Fragen anzuregen und immer wieder in den Vordergrund zu rücken.

Je größer die Zahl der Interessierten, je klarer ihre Erkenntnis, je fester ihr Wille und je heller ihre Begeisterung, um so leichter und voller wird der angestrebte Erfolg sein.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Eine Reichskonferenz der österreichischen Zentralverbände hat in Wien getagt. Sie war von 48 Delegierten aus 58 Gewerkschaften und von Vertretern der deutschsozialdemokratischen Parteileitung, der Abgeordneten und des österreichischen Frauenreichskomitees besucht. Sucher teilte mit, daß der Mitgliederverlust 57 pSt. gegen 55 pSt. in Deutschland und 56 pSt. in Ungarn betrage, dagegen bei den losgelassenen tschechischen Verbänden 70 pSt., obwohl sie weit vom Kriegsgelände entfernt arbeiten. Ueber die gewerkschaftlichen Richtlinien für die Beschäftigung kriegsbeschäftigter konnte noch keine Einigung mit den Unternehmern erzielt werden. Die Arbeitsvermittlung für

Werbt Mitglieder! Der Verband soll bei Entscheidung der zukünftigen Berufsverhältnisse mitprechen können!

Kriegsbeschädigte ist noch in den Anfängen. Für die Arbeiterfrage bei der Demobilisierung sind der Regierung Vorschläge überreicht worden. Dem Metallarbeiterverband ist es gelungen, wenigstens für Niederösterreich die Errichtung einer Beschwerdestelle für Arbeiter, die unter dem Kriegseinsatzgesetz stehen, durchzusetzen. Bei Uebergang zur Friedenswirtschaft wird es notwendig sein, daß sich die kleineren Gewerkschaften nach Industriegruppen zusammenschließen.

Am Sonntag hat in Wien ein von Gewerkschaftern, Genossenschaftlern und Krankenkassenleitern einberufener Arbeitertag stattgefunden, zu dem auch Regierung und Behörden eingeladen waren. Auf der Tagesordnung stand die Volksernährung und die rechtliche Stellung der Arbeiter im Kriege.

Eine internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern geplant. Die internationale „Gewerkschaftliche Rundschau“ des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht den von Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genossen Legien-Berlin, unter dem 4. Oktober 1916 an den Schweizerischen Gewerkschaftsbund in der Angelegenheit einer am 11. Dezember 1916 in Bern stattfindenden internationalen Gewerkschaftskonferenz gerichteten Brief, wonach auf der Konferenz drei Punkte verhandelt werden sollen: Entscheidungen über: 1. den Fortbestand des Internationalen Gewerkschaftsbundes; 2. die Herausgabe der Internationalen Gewerkschafts-Literatur; 3. sonstige Anträge.

Der Brief, dessen wesentlicher Teil schon früher auch in der Partei- und Gewerkschaftspresse veröffentlicht wurde, schildert die separatistischen Bestrebungen der Gewerkschaften der Entente-Länder und die sonstigen Schwierigkeiten, die der Krieg auch für die gewerkschaftliche Internationale geschaffen hat. Er kommt zum Schlusse, daß sie überwunden und die Unannehmlichkeiten ertragen werden müssen, die mit der Delegation zur Konferenz verbunden sind. Deshalb hoffen wir, daß alle Landeszentralen, die der internationalen Trennung der Gewerkschaften vorbeugen wollen, Vertreter zur Konferenz entsenden werden.

Zu Anichluß an den Brief wird festgestellt, daß man im Augenblick noch nicht weiß, ob die Landeszentralen ihre Absicht der Beschickung der Konferenz schon offiziell bekanntgegeben haben. England, Frankreich und Belgien werden nach den Äußerungen ihrer sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsorgane die Konferenz nicht beschicken. In der „Humanität“ veröffentlicht darüber der Sekretär des belgischen Metallarbeiterverbandes Caspar einen Artikel, in dem er anbetont, daß die Frage der Beschickung einer solchen Konferenz auf der Konferenz in Leeds besprochen worden sei, um dann in Hinblick auf die Kriegsergebnisse in Belgien usw. gegen die Regien nicht protestiert habe, zu dem Schlusse zu kommen, daß die Entente-Länder der Einladung nach Bern keine Folge geben werden. Schließlich fragt er, ob die neutralen Gewerkschaften die Konferenz beschicken werden, um zu antworten, daß die Belgier dies auf keinen Fall tun werden.

Der Verfasser des Artikels der „Gewerkschaftlichen Rundschau“, Genosse Heymann, Sekretär der Uhrmacher der französischen Schweiz, imbet bei allem Verständnis und aller Sympathie für die Gefühle der belgischen Arbeiter usw., daß sich die Neutralen angesichts des unermeßlichen Schadens für die Arbeiterklasse, wenn sie nach Kriegseinschlus getrennt ist, bis ans Ende für das Schicksal des internationalen Gewerkschaftsbundes interessieren müssen. Und zum Schlusse führt Heymann aus, daß der internationale Gewerkschaftsbund noch nicht das war und ist, was er sein sollte und daß die internationale Gewerkschaftsbewegung auch heute noch tragfähiger fortbelebt in Gestalt der internationalen Berufsverbände. Er verweist auch auf die von Legien in seinem letzten Bericht über die internationale Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1913/14 und 1914/15 erklärte Aufforderung, den Landeszentralen einen Reorganisationsplan vorzulegen.

Heymann meint daher, es sei das brüe, die Ereignisse abzuwarten, die ja in einigen Wochen vorliegen werden. Z.

Literarisches.

Verdeutschung entbehrlicher Fremdwörter mit Anhang: Deutsche Vornamen und ihre Bedeutung von Ostarkresse. Neue, vollständig umgearbeitete und bedeutend vermehrte Auflage. 166. bis 180. Tausend. In farbigen Umschlag 60 Pf., bei 10.000 Stück 55 Pf., bei 100.000 Stück 50 Pf. Verlag von Bernhard Taubnitz, Leipzig.

Woher kommt das Geld zum Kriege? Von Julian Borchard. Preis 60 Pf. Verlag der Leipziger Buchdruckerei A. G.

Die Glucke. Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68). Das eben erschienene Heft 32 enthält unter anderem folgende Artikel: Dr. Paul Bensch, M. d. R.: Kriegskredite und Schutzhaft. Wie steht es in Rußland? Th. Stauning: Die sozialdemokratische Politik in Dänemark. Hermann Wendel, M. d. R.: Zur Sozialpsychologie der Grenzgebirge. Franz Diederich: Madame Legras. Claffen. Die Woche. Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich M. 2,50, bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Späters am 18. November ist der 47. Wochenbeitrag für 1916 (19. bis 25. November) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 19. November: Coburg-Donenberg: 2 Uhr im Gewerkschaftshaus in Neustadt. Halle a. d. S.: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Bar: 42/44.

Sonntag, 26. November: Jümenau: 2 Uhr, „Deutsches Haus“. Müßlingen-Wilhelmshaven: Bei Buddenberg, Müßlingen 1, Peterstr. 86.

Anzeigen.

Georg Hölzl, Georg Seeberger, Karl Krug, Max Gollinger. Ehren ihrem Andenken! Zahlstelle Nürnberg.

Ernährungs-Krankenkasse der Bäcker-Zwangs-Vereinigung in Berlin.

Am Dienstag, 28. November, abends 7 Uhr, findet in den „Germania-Sälen“, Berlin, Chausseestraße 110, eine

Sitzung des Ausschusses

der Ernährungs-Krankenkasse der Bäcker-Zwangs-Vereinigung in Berlin statt.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden. 2. Festlegung des Voranschlags pro 1917. 3. Wahl des Rechnungsausschusses zur Prüfung der Rechnungen pro 1916. 4. Verschiedenes.

Hierzu werden die Ausschussmitglieder mit der Bitte um pünktliches Erscheinen ergebenst eingeladen.

Der Vorstand, W. Gahn, Vorsitzender, Zwinglstraße 12.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derluss, Schaaldermeister, Hengasse 2, 1. Et.

REIDL'S BACKPULVER bei 9 Pfd. a. M. 1,60 ab 25 a. 1,50 ab 50 a. 1,40 ab 100 a. 1,20 ab Station Dresden gegen Nachnahme. Grossisten Sonderpreis Nährmittelfabriken Rudolf REIDL Dresden D. O. 13 Hermsdorfer Straße